

schwerer gefallen, als sie es ohnehin war. Einen ähnlichen „Fehler“ wollten die frisch gewendeten Einheitssozialisten nicht machen, die selbstverständlich nicht mit den Nazis gleichgesetzt werden können; aber sie gingen gründlicher zur Sache.

Gysi, der als erster PDS-Chef politische Verantwortung trägt, hat bis heute wenig Neigung gezeigt, zur Wahrheitsfindung über die Aktion Reißwolf beizutragen. 20 Jahre waren offenbar nicht lang genug, um sich der eigenen Geschichte zu stellen. Das verrät viel über das Demokratieverständnis der Partei. Nun aber hat ein ehemaliger SED-Funktionär sein Schweigen gebrochen und der WELT brisante Schriftstücke zu einem der größten Aktenvernichtungsfeldzüge in der deutschen Geschichte übergeben. Die Briefe, Vermerke und Rechnungen zeigen, dass die PDS noch immer wie eine kommunistische Kaderpartei tickte, als in der DDR längst der Frühling der Demokratie angebrochen war.

Bisher glaubten Historiker, die SED-Mitgliederkartei sei bald nach dem Antritt des Ministerpräsidenten Hans Modrow Mitte November 1989 beseitigt worden. Das Bundesarchiv, das die erhaltenen Bestände der SED verwahrt, vertritt diese These. Zu ähnlichen Schlüssen kamen auch die beiden Enquetekommissionen des Bundestages, die in den 90er-Jahren die SED-Diktatur seziierten. Allerdings fand sich nie eine schriftliche Vernichtungsanweisung, weshalb der Bundestag sogar ein Gutachten in Auftrag gab. Es hält zu der „irregulären Kassation“ fest: „Die zentrale Gesamtmitgliederkartei wurde von der Abteilung Parteiorgane verwaltet und Ende 1989 vernichtet.“

In diesem Punkt muss die Geschichtsschreibung nun korrigiert werden. Dieser Zeitung liegt das Schlüsseldokument zu der Geheimoperation vor: Eine „Vorlage für das Präsidium des Parteivorstandes“ mit Datum vom 5. März 1990, bestimmt für den innersten Zirkel der PDS und deshalb nur in 23 Exemplaren ausgeliefert. Kurz darauf beschloss das Präsidium in Anwesenheit von Gysi genau das, was in der Betreffzeile der Vorlage steht - die „Vernichtung von Kader- und Registraturunterlagen der ehemaligen SED“. Sicherheitsfilme mit biografischen Angaben hoher SED-Kader sollten ebenfalls unbrauchbar gemacht werden. Das könne, so die Parteiführung, „durch kontrollierte Fremdvernichtung“ geschehen“. In diesem Fall sei ein Kostenanschlag vorzulegen.

Vom Plan bis zur Tat sollte es aber ein weiter Weg sein. Erst sechs Tage nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 hob sich in diesem Stück der Vorhang zum ersten Akt. Auf der CeBIT-Messe in Hannover bestellte die PDS nach Erkenntnissen der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ gleich zwei Exemplare der „größten Aktenvernichtungsmaschine mit angeschlossener Papierpresse“, die damals europaweit auf dem Markt war. Der Hersteller, eine süd-

Beschluß: 1. Die in Bereich Mitgliederregistratur/Statistik der Kommission Organisation und Parteileben beim Parteivorstand der PDS lagernden Registraturunterlagen der ehemaligen SED sind im Hause des Parteivorstandes zu verkellern. Zu Ausschlüssen und Streichungen gehörende Personalunterlagen sind erst dann zur Vernichtung freizugeben, wenn seitens der Schiedskommissionen erforderliche Rehabilitationswegen stalinistischer Vergehen abgeschlossen sind. Von den ehemaligen Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees des Zentralen Parteikomitees

Partei des Demokratischen Sozialismus  Parteivorstand Am Marx-Engels-Platz, Berlin 1020 Ruf 202-0

- Vorsitzender -

werter Herr Admiral Theodor Hoffmann!

Wie Sie wissen, hat der Vorstand der PDS im Interesseder Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Volkskammer einen Rechts-trägerwechsel seines ehemaligen Sitzes vorgenommen. In Beschluß des Ministerrates vom 15. März 1990 wurden dazu unter anderem Fristen für den Auszug aus dem Haus der Parlamentarier festgelegt. Die Zeitfolge des Unzuges muß angesichts aktueller Ereignisse beschleunigt werden, da für die Umsetzung der zu erwartenden Maßnahmen aus dem Entwurf des Staatsvertrages zur Einführung der Währungsunion ein Teil der Tresorräume, die zur Zeit noch von uns genutzt werden, sofort von der Bundesbank der BRD und der

deutsche Maschinenfabrik, sollte die Geräte vom Format eines Kleinwagens „fix bis zum 6.4.1990“ liefern - zusammen mit 2000 Plastiksäcken, in denen sich 160 000 Kilo Aktenmaterial gepresst abtransportieren ließ, was rund 80 000 gefüllten Aktenordnern entspricht. Als Käufer der entmachteten Staatspartei trat ein „Kfz-Instandhaltungsbetrieb“ aus dem Ost-Berliner Bezirk Prenzlauer Berg auf. Der Kaufpreis von 80 340 West-Mark wurde sofort an Ort und Stelle bezahlt - bar aus einem Koffer.

Das anrüchige Geschäft wurde bereits 1998 publik. Nicht bekannt war da jedoch, dass die Maschinen nicht zuletzt für die Entsorgung der SED-Personalunterlagen angeschafft worden waren, die man seinerzeit ja bereits vernichtet glaubte. Dem war aber nicht so. Trotz der Super-Schredder kam das Zerstörungswerk jedoch kaum voran, angesichts der schieren Masse war auch die kapitalistische Technik überfordert.

Schon vor dem Ausflug nach Hannover hatte die für die Aktion direkt zuständige Kommission Organisation und Parteileben, die Gysi-Stellvertreter Wolfgang Pohl unterstand, vor zu viel Optimismus gewarnt: „Der Zeitraum, der für die vorgesehene Vernichtung benötigt wird, kann sich - je nach Mitarbeiterinnenzahl und zur Verfügung stehender Verkollerungskapazität - bis auf ein halbes Jahr belaufen.“

Nach einer Übersicht vom März 1990 mussten rund 15,9 Millionen einzelne Dokumente zerkleinert werden. Dazu zählten die Nachweiskarten aller Kandidaten und Mitglieder der SED seit 1951, Fragenbögen

und Lebensläufe, Beschlussunterlagen über die Erteilung und Löschung von Parteistrafen sowie die Zentrale Kaderregistratur mit 55 000 Akten ehemaliger oder aktiver Nomenklaturkader. Allein drei Millionen Dokumente waren einzeln in Klarsichtfolie verwahrt. Plastik in dieser Menge hätte die Papierwölfe außer Gefecht setzen können. Unter den Genossen machte sich Unruhe breit.

Im zweiten Akt betrat Gregor Gysi erneut die Bühne. Die SED-Mitgliederunterlagen lagerten in den weiträumigen Tiefkellern der ehemaligen Reichsbank. Das Gebäude am Werderschen Markt in Berlin-Mitte, heute Teil des Auswärtigen Amtes, hatte das Zentralkomitee der SED im Jahr 1959 bezogen. Nach dem politischen Umbruch wurden hier Büros für die demokratisch gewählten Abgeordneten der Volkskammer eingerichtet, die Immobilie hieß nun „Haus der Parlamentarier“. Ungeachtet dessen gingen die Aktenvernichter der PDS in den unterirdischen Etagen weiter ihrer Arbeit nach. Ihnen dämmerte, dass sie überfordert waren.

In genau dieser Situation schritt die PDS-Parteiführung ein. Man erhoffte sich Hilfe vom höchsten Militär der DDR, dem „werten Herrn Admiral Theodor Hoffmann“. Auch „bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten“ sei man nicht in der Lage, die Tresore im Haus der Parlamentarier „von den dort lagernden Materialien kurzfristig selbst zu räumen“, schrieb die PDS an den Übergangschef der Nationalen Volksarmee (NVA). Das aber sei zwingend geboten: Denn unaufhaltsam nahe die Währungsuni-

Rotes SED-P
Anfang März
SED-Personal
Genossen, de
armee um Hi
nun demokra

sererseits
er Alfred